

Keupers

kritischer

Kommentar



06-02-2017

Juni 2017

## Ohne Gerechtigkeit ist alles nichts!

Martin Schulz stellt fest, dass es Zeit ist für mehr (soziale) Gerechtigkeit, dass es Zeit ist, dass es dringend erforderlich ist, Maßnahmen zu beschließen, um die (sozialen) Ungleichheiten abzumildern, oder besser noch zu beseitigen. Er will zum Beispiel den unverschuldet in Arbeitslosigkeit geratenden Menschen im Alter von über 50 Jahren die Angst nehmen durch Hartz IV in bittere Armut abzustürzen und zum großen Teil ihre Vermögen, ihre Ersparnisse zu verlieren, oder ihren Kindern finanziell zur Last zu fallen. Durch eine fachliche Weiterbildung sollen sie in die Lage versetzt werden, berufliche Fähigkeiten zu erlangen, die erforderlich sind den heutigen Anforderungen der modernen Arbeitswelt zu genügen. Ein Arbeitslosengeld Q soll für 2 Jahre ihm den wirtschaftlichen Bachgrund verschaffen um die Umschulung durchzuführen.

Befristete Arbeitsverträge verhindern oft den jungen Menschen nach Studium oder Berufsausbildung ihre zukünftige Berufs- und Lebensvorstellungen planen und realisieren zu können. Da muss sich nach Martin Schulz dringend etwas ändern. Und weitere Sofortänderungen im Beruflichen und Gesellschaftlichen hat Martin Schulz genannt, damit sich Leistung oder auch Leistungsbereitschaft für die hart arbeitenden Menschen in unserem Lande wieder mehr lohnt. Alles Forderungen die sofort realisiert werden müssten in einer sozial ausgerichteten Gesellschaft.

### Darf es etwas mehr sein?

Von Seiten der SPD wurde nun dieser Tage der Entwurf eines sogenannten Regierungsprogramms veröffentlicht, in der neben anderem auch sehr viele Veränderungen im Sozialen und im Gesellschaftlichen gefordert werden. 72 Seiten hat dieses Regierungsprogramm, und da der Programm-Bundesparteitag noch aussteht, mit diversen Anträgen aus den Parteiorganisationen, dürfte das endgültige Regierungsprogramm doch wohl weit über 80 Seiten umfassen. Die Überschrift dieses Regierungsprogramm soll: „Mehr Zeit für (soziale) Gerechtigkeit“ lauten, und wenn man das Programm gelesen hat, weiß man, dass die darin enthaltenen Forderungen hinsichtlich (sozialer) Veränderungen, selbst bei einer absoluten SPD-Mehrheit im neu gewählten Bundestag nicht realisiert werden können, ja, dass es sehr fraglich ist, sie in 2 oder 3 Legislaturperioden umzusetzen. Somit ist der gewählte Titel: „Mehr Zeit für (soziale) Gerechtigkeit“, anscheinend ungewollt richtig gewählt. Doch Martin Schulz wollte, dass es jetzt Zeit ist für mehr soziale Gerechtigkeit, das ist ganz etwas anderes.

Bei der 58. Spargelfahrt auf der Spree des Seeheimer Kreises, des sogenannten pragmatischen Teils der SPD-Bundestagsabgeordneten, vor einigen Tagen, kritisierte deren Sprecher Johannes Kahrs, das überbetonte programmatische Denken in seiner Partei, wenn auch mit ironischem Unterton. „Die Leu-

te wählen Menschen und keine Programme. Das hat die SPD nur leider noch nicht kapiert“, stellte er dazu fest. Das heißt, Martin Schulz und seine Intensionen sollten besonders von der SPD herausgestellt werden, knapp und bündig. Seine Parole: „Mehr (soziale) Gerechtigkeit für die hart arbeitenden Menschen in unserem Lande“, oder verkürzt: „Arbeit muss sich wieder lohnen!“ sollte der Leitspruch für den Wahlkampf werden.

### **Sicherheit ist ein Teil (sozialer) Gerechtigkeit!**

Wenn nun von den Mainstream-Medien auf Grund der aktuellen Geschehnisse, die (öffentliche) Sicherheit und die Problematik der merkelschen Migrationspolitik als die wichtigen Wahlkampfthemen herausgestellt werden, dann hat Martin Schulz Recht, wenn er feststellt: „Sicherheit ist eine Frage der (sozialen) Gerechtigkeit“. Denn Spannungen in unserer Gesellschaft lassen sich durch schärfere Gesetze, durch verstärkte Überwachungen, durch ein Mehr an Polizisten und Polizeiaktivitäten nicht unbedingt beseitigen, sondern nur durch ein Mehr an Solidarität, Zusammenhalt und Anerkennung, sowie Förderung menschlicher Bedürfnisse. Die Eingliederung der fremden Menschen die zu uns kommen, muss vordringlich und schnell erfolgen, denn die, welche nach 2 Jahren noch in Notunterkünften leben, die nach vielen Jahren immer noch keine Aussicht auf Arbeit und Lohn haben, immer noch von Almosen leben müssen, sind ganz natürlich ansprechbar, für die radikalen Prediger und Agitatoren des Islamischen Staates. Das sollten wir erkennen!

### **Gerechtigkeit ist auch Voraussetzung für Freiheit, für Demokratie!**

Eine weitere Hinwendung unseres Staates, unserer Demokratie nach Rechts ist keine Lösung der gesellschaftlichen Probleme, des Mangels an Gerechtigkeit. Auch Mehrausgaben für Verteidigung oder der Ruf nach einer „Leitkultur“, verkleinern die vorhandenen Diskrepanzen in unserer Gesellschaft nicht. Martin Schulz hat es richtig erkannt, mehr Gerechtigkeit in unserem menschlichen Zusammenleben, mehr Gerechtigkeit hinsichtlich Arbeit und Entlohnung, bei der Bildung und der Altersvorsorge, verhindert das Abdriften unsere Demokratie in eine unfreie Antidemokratie oder eine „alternativlose“ Demokratie.

Zwar besagt ein weiser Spruch: „**Soziale Gerechtigkeit ist nicht alles, --- aber ohne Soziale Gerechtigkeit ist alles Nichts!**“ Deshalb folgen wir Martin Schulz, kämpfen wir Sozialdemokraten für mehr Gerechtigkeit, kämpfen wir für die „hart arbeitenden Menschen im Lande“!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 10. Juni 2017

Heinrich Keuper